



Geschäftsbericht 2015

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten



Inhaltsverzeichnis

Vorworte.	04
Das LABO im Überblick.	06
Aktuelles aus dem Geschäftsjahr	07
Abteilung I – Entschädigungsbehörde.	08
Abteilung II – Personenstands- und Einwohnerwesen	10
Abteilung III – Kraftfahrzeugwesen	14
Abteilung IV – Ausländerbehörde	18
LABOweite Themen und Abteilung V – Zentrale Aufgaben – Koordination und Service	22
Die Zahlen.	31
Impressum	44

Vorwort des Senators für Inneres und Sport



Frank Henkel
Senator für Inneres und Sport

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Stadt wächst rasant. Im vergangenen Jahr sind zehntausende Menschen neu nach Berlin gekommen. Vor allem die hohe Zahl an Asylsuchenden spiegelt sich auch in dem Geschäftsbericht 2015 des Landesamts für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) wider.

So war es für mich erforderlich, die Ausländerbehörde ab dem Sommer 2015 mit mehr Personal vorübergehend und langfristig zu unterstützen. In den Haushaltsverhandlungen für den Doppelhaushalt 2016/17 ist es mir gelungen, für die Ausländerbehörde mit über 150 zusätzlichen Stellen und Beschäftigungspositionen einen erheblichen Aufwuchs zu erreichen. Damit ist es möglich, die höhere Arbeitsbelastung abzufedern. Dieser Aufwuchs wird uns 2016 u. a. vor die Herausforderung der Erweiterung der Räumlichkeiten bzw. neuen Standorte stellen. Die Vorbereitungen hierzu sind in enger Abstimmung mit der BIM (Berliner Immobilienmanagement GmbH) frühzeitig getroffen worden.

Angesichts der gestiegenen Zahl von ausreisepflichtigen Personen war und ist es mir wichtig, dass so viele ausreisepflichtige Personen wie möglich das Land verlassen. Die Zahl der Abschiebungen hat sich von 2014 auf 2015 um ein Viertel erhöht.

Darüber hinaus halte ich den Ansatz einer behördenübergreifenden Zusammenarbeit an einem Standort, wie er in der Bundesallee 171 durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Ausländerbehörde und die Bundesagentur für Arbeit gewählt wurde, für ausbaubar. Besonders hervorzuheben ist der gelungene Start in einem neuen Dienstgebäude, für den es nur eine sehr kurze Vorbereitungszeit gegeben hat. Dieser Start basiert auf einer exzellenten Zusammenarbeit und einem erheblichen Einsatz aller beteiligten Akteure, vor allem auch des IT-Dienstleistungszentrums Berlin (ITDZ).

Das LABO ist auch 2015 unserem Anspruch an einen modernen, ambitionierten und IT-orientierten Dienstleister gerecht geworden.

Die für Ende Januar 2016 vorbereitete Überleitung des Fachverfahrens für das Melde-, Pass- und Ausweiswesen in eine neue, zukunftsfeste Version stellte in Zusammenarbeit mit den Bezirken, dem ITDZ und dem Fachverfahrenshersteller eine komplexe Herausforderung dar.

Ein lange politisch diskutiertes Anliegen wurde mit der Einführung eines online gestützten Meldesystems für Störungen im öffentlichen Raum an die bewirklichen Ordnungsämter umgesetzt. Die vorgesehene App wird in Berlin erstmalig die Möglichkeit eröffnen, über diesen Weg mit der Verwaltung zu kommunizieren.

Für das Kraftfahrzeugwesen sind die erfolgreiche Umsetzung der ersten Stufe im bundesweiten Projekt i-Kfz für die internetbasierte Außerbetriebsetzung Anfang 2015 und die Fortsetzung des Projektes für einen online Fahrerlaubnisanspruch zu nennen. Mit Pilotfahrschulen läuft der Probebetrieb erfolgreich. 2016 wird es darum gehen, die Skalierbarkeit des Systems durch eine Erweiterung der Nutzerinnen und Nutzer und der zur Verfügung stehenden Antragsarten auf den Prüfstand zu stellen.

Der Geschäftsbericht für 2015 macht deutlich, wie sehr das LABO durchgehend auf eine Ausgewogenheit von Auftragserfüllung, Kundinnen- und Kundenorientierung, Mitarbeiterinnen- sowie Mitarbeiterorientierung und Wirtschaftlichkeit achtet.

Bei allen Beschäftigten des LABO bedanke ich mich herzlich für ihr großes Engagement und die für unsere Stadt geleistete Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Frank Henkel". The signature is fluid and cursive, written in a professional style.

Vorwort der Direktorin des LABO

Sehr geehrte Damen und Herren,

in unserem Geschäftsbericht für 2015 sind die Entwicklung der Grundzahlen und die Zielerreichung bei wichtigen Produkten aufbereitet. Darüber hinaus erhalten Sie einen Überblick über die wesentlichen Neuerungen in der Entschädigungsbehörde, der Abteilung Personenstands- und Einwohnerwesen, der Abteilung Kraftfahrzeugwesen, der Ausländerbehörde und übergreifend für das gesamte Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO).

Für alle Beschäftigten war es ein Jahr großer, innerhalb eines kurzen Zeitraumes zu gestaltender Veränderungen und hoher Arbeitsbelastung. Für die hohe Qualität der Arbeitsergebnisse und die Identifikation mit den Aufgaben bedanke ich mich herzlich.

Wesentliche Querschnittsprozesse wurden 2015 infolge der Bündelung der Aufgaben Finanzen, Innerer Dienst und Personal vereinheitlicht und damit effizienter durchgeführt. So ist es mit einem großen Einsatz der Beschäftigten des Personalbereiches gelungen, insgesamt 16 Ausschreibungs- und Auswahlverfahren für insgesamt 88 Beschäftigte erfolgreich abzuschließen. Die Dauer lag dabei mit durchschnittlich vier Monaten unterhalb des Berliner Durchschnitts.

Angesichts des Personalzuwachses in der Ausländerbehörde und des demographischen Wandels ist es für 2016 eine Herausforderung, noch mehr Beschäftigte für die anspruchsvolle Arbeit im LABO zu gewinnen und dabei im Wettbewerb mit den anderen Behörden des Landes, des Bundes und der Wirtschaft konkurrenzfähig zu bleiben.

Für die im ITDZ aktuell vertraglich bis Ende 2016 betriebenen 13 IT-Verfahren des LABO auf der gemeinsamen Plattform sind Anpassungen erforderlich. Das im Herbst 2015 mit dem ITDZ begonnene Projekt Harmonisierung der Infrastruktur für die unterschiedlichen IT-Verfahren (HarVe) 2021 hat u. a. eine berechenbarere Haushaltsplanung und eine Optimierung der Serviceprozesse im Fokus.

Die Ausstellung „Wiedergutmachung“ nach 1946 im geteilten Berlin wurde von den Beschäftigten der Entschädigungsbehörde fachlich unterstützt. Dass dieser Beitrag wesentlich für den Erfolg der Ausstellung war, wurde von den Organisatorinnen und Organisatoren lobend hervorgehoben.

Das Projekt „Einführung eines Anliegenmanagementsystems“ (AMS) konnte Ende 2015 erfolgreich beendet werden. Die Bürgerinnen und Bürger haben nun über das IT-System „Ordnungsamt Online“ die Möglichkeit, den Berliner Ordnungsämtern Störungen im öffentlichen Raum via Internet zu melden. Mit dem Projekt „ProVOIS“ wurde eine weitere IT-Herausforderung gemeistert. Zum Januar 2016 konnte auf die moderne Software im Meldewesen migriert werden.

In der Kraftfahrzeugzulassungsbehörde ist erstmalig eine Gefährdungsbeurteilung der psychischen Belastungen am Arbeitsplatz durchgeführt worden. Die Erkenntnisse sind zum Teil schon in erste Maßnahmen geflossen und werden strukturiert weiter bearbeitet.

Für die Ausländerbehörde standen auch 2015 neben dem Umgang mit der Steigerung der Kundinnen- und Kundenvorsprachen sowie schriftlichen Anliegen die Weiterentwicklung der Willkommenskultur und die Pflege der Vernetzung mit anderen Akteuren im Fokus.

Trotz aller Mehrbelastung steht die Weiterbildung der Beschäftigten fortlaufend im Fokus, um den Herausforderungen gewachsen zu bleiben. Die Fortbildungsquote im LABO bleibt kontinuierlich mit 85,21 % sehr hoch und wurde wegen ihrer Bedeutung erstmalig in die Übersicht der Gesamtzahlen aufgenommen.

Für Ihr Interesse an der Arbeit und der Weiterentwicklung des LABO bedanke ich mich und freue mich über Nachfragen und Anregungen zum Inhalt unseres Geschäftsberichts.

Mit freundlichen Grüßen



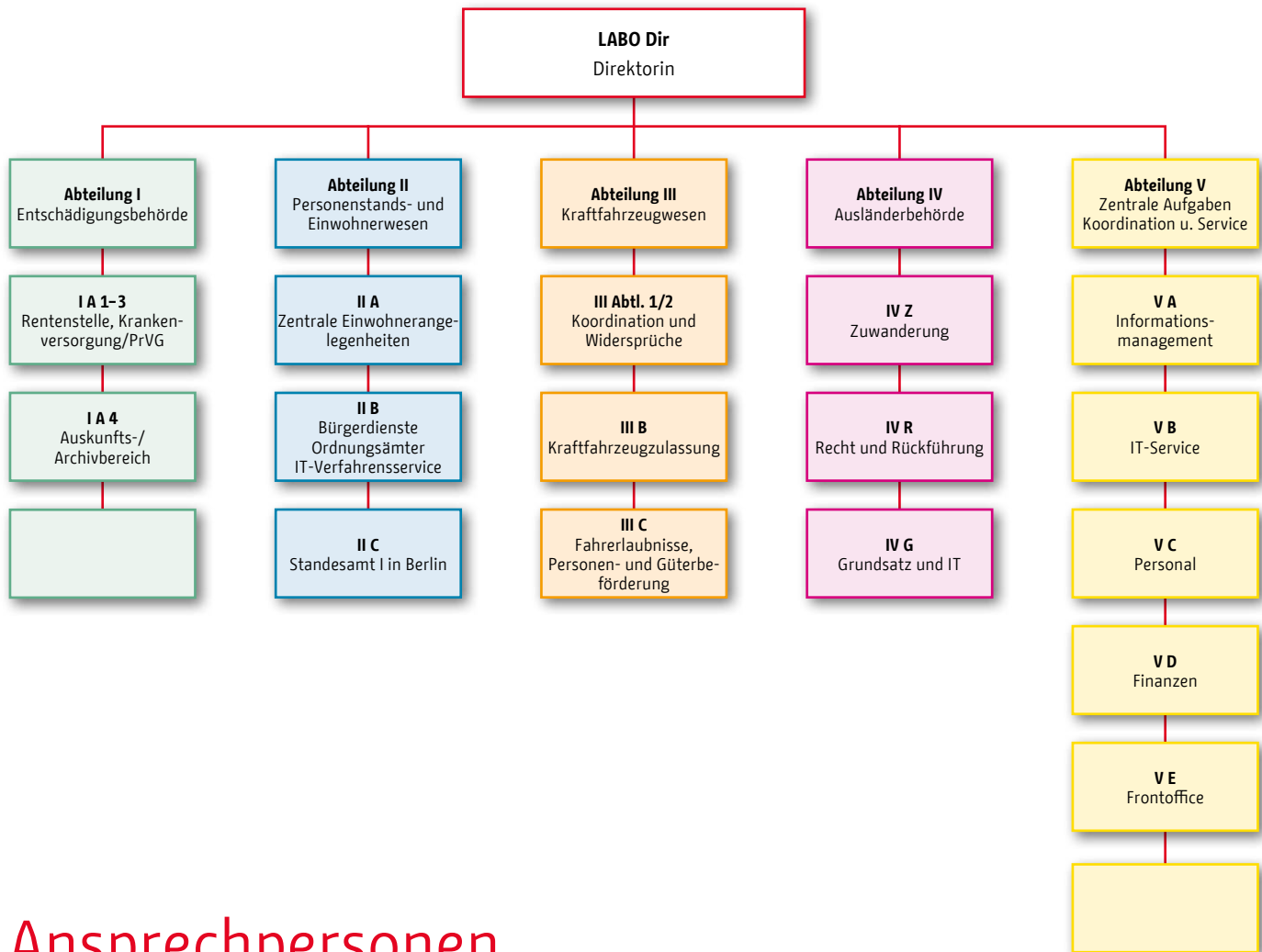

Claudia Langeheine

Direktorin des Landesamts für
Bürger- und Ordnungsangelegenheiten

Das LABO im Überblick

Das LABO ist eine nachgeordnete Behörde der Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Es ist für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Behörden auf den Gebieten der

Wiedergutmachung, des Personenstands- und Einwohnerwesens, des Kraftfahrzeugwesens und des Ausländerwesens tätig.



Ansprechpersonen

Claudia Langeheine	Direktorin	90269 1201	langeheine@labo.berlin.de
Bernd Lehmann	Leiter Abt. I	90269 5101	bernd.lehmann@labo.berlin.de
Kludia Zurth	Leiterin Abt. II	90269 2222	zurth@labo.berlin.de
Ulrike Frey	Leiterin Abt. III	90269 2301	ulrike.frey@labo.berlin.de
Engelhard Mazanke	Leiter Abt. IV	90269 4003	mazanke@labo.berlin.de
Nadja Gedlich	Leiterin Abt. V	90269 1210	nadja.gedlich@labo.berlin.de

Aktuelles aus dem Geschäftsjahr





■ Abteilung I

Entschädigungsbehörde

Erhöhung der Entschädigungsrenten

Angelehnt an die Erhöhung der Beamtenbezüge und das Bundesversorgungsanpassungsgesetz 2014/2015 (BBVAnpG 2014/2015) wurden die Entschädigungsrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) am 01.04.2015 rückwirkend zum 01.08.2014 um 5 % erhöht.

Der Entschädigungsbehörde ist es gelungen, innerhalb des Berichtszeitraumes die entsprechenden Änderungsbescheide zu bearbeiten, so dass die Rentenzahlungen trotz enger Terminvorgabe angepasst und die Nachzahlungsbeträge angewiesen werden konnten. Einzelheiten und Begründungen der Neufestsetzung der BEG-Leistungen sind in der Verordnung zur Änderung von Rechtsvorschriften zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (ÄndVO zur 1. – 3. DV-BEG) nachzulesen, die im Bundesgesetzblatt I Nr. 13 auf Seite 421 ff. veröffentlicht wurde.

Organisatorische Veränderungen in der Abteilung I

Aufgrund der rückläufigen Fallzahlen und im Rahmen der dadurch bedingt ständigen Umstrukturierung erfolgte im Berichtszeitraum eine Zusammenlegung des Renten- und Heilverfahrensbereiches der Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG). Beide Leistungsgebiete werden nunmehr einheitlich, gemeinsam in neu zugeschnittenen Sachgebieten bearbeitet. Der dafür erforderliche Wissenstransfer an einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde intern bereits erfolgreich durchgeführt.

Der hohe Standard der Betreuung der Verfolgten des Nationalsozialismus in der Entschädigungsbehörde blieb bei der Zusammenlegung unverändert erhalten und ist auch weiterhin vorrangiges Ziel bei der Ausführung des Gesetzes durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Bereichen der Entschädigungsbehörde.

Ausstellung „Wiedergutmachung“

Vom 09.10.2015 – 16.01.2016 zeigte das Aktive Museum Faschismus und Widerstand in Berlin anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus und in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand eine Ausstellung über die „Wiedergutmachung“ nach 1945 im geteilten Berlin.

Der Fokus der Ausstellung lag darin zu verstehen, was mit den Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung nach Kriegsende geschah bzw. noch immer geschieht. Hierbei geht es um jene Personen, die Anspruch auf (finanzielle) Kompensation für Gewalt und Terror, Haft, Folter sowie Demütigung hatten.

Der historische Standort Berlin eignete sich für diese Ausstellung in speziellem Maße, da während des Kalten Krieges unterschiedliche Konzepte zur Entschädigung und Rückerstattung in West- und Ost-Berlin bestanden und somit ein Vergleich der politischen Rahmenbedingungen sowie ihrer Auswirkungen auf die NS-Opfer im geteilten Berlin anschaulich präsentiert werden konnte.

Die Entschädigungsbehörde hatte die tätige Arbeitsgruppe des Aktiven Museums in erfolgreicher Kooperation bei der Vorbereitung der Ausstellung fachlich unterstützt und konnte so einen eigenen Anteil zu der sehr gelungenen Ausstellung beitragen.





■ Abteilung II

Personenstands- und Einwohnerwesen

Einführung des Bundesmeldegesetzes

Das Inkrafttreten des Bundesmeldegesetzes (BMG, vom 03.05.2013) zum 01.11.2015 war mit zahlreichen – meist parallel laufenden – Aktivitäten verbunden, die hier nur beispielhaft aufgeführt werden können:

- Auf Bund-Länder-Ebene arbeiteten die Referatsleiter II A und II B zusammen mit dem Melderechtsreferenten der Senatsverwaltung für Inneres und Sport seit 2012 in der „AG BMG“ des Arbeitskreises I der Innenministerkonferenz mit, deren Ergebnisse z. B. in die erlassenen Verordnungen und in die Verwaltungsvorschrift eingeflossen sind. Die Arbeit wird in 2016 fortgesetzt werden, da sich sowohl zahlreiche Fragen in der Umsetzungspraxis als auch Änderungsbedarf zum BMG ergeben.
- Aufgrund der Wiedereinführung der Mitwirkungsverpflichtung des Wohnungsgebers bei der An- und Abmeldung wurden die Berliner städtischen Wohnungsbaugesellschaften, die Wohnungsgenossenschaften, die Vermieterverbände (BFW, BBU, Haus und Grund) und die Mieterorganisationen schriftlich über die neue Rechtslage informiert. Weiterhin wurden dazu zwölf Vorträge gehalten und zwei Beiträge in der Fachpresse veröffentlicht.
- Zusammen mit den Bezirken wurden die Schulungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den bezirklichen Bürgerämtern zum neuen Recht organisiert. Zudem wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Referats II A gesondert in vier Veranstaltungen geschult.
- Die umfangreichen gesetzlichen Änderungen des BMG mussten darüber hinaus vom Fachverfahrenshersteller technisch umgesetzt werden – es fanden deshalb auch mehrere Schulungen zu den neuen Anwendungen statt.

- Für die zum Abruf von Meldedaten berechtigten Behörden mussten vom Referat II B die jeweils zum Abruf zulässigen Daten an das BMG angepasst werden.

Der Einführungsprozess wird im Jahr 2016 fortgesetzt, da noch weitere organisatorische und informationstechnische Maßnahmen erforderlich sind. Hierzu zählen z. B. die Einrichtung der zentralen Stelle in Berlin für bundesweite Datenabrufe, die Einführung des vorausgefüllten Meldescheins und die Umsetzung des Berliner Ausführungsgesetzes zum BMG nach Inkrafttreten.

Anliegenmanagementsystem (Ordnungsamt Online)

Das Projekt „Einführung eines Anliegenmanagementsystems“ (AMS) für die bezirklichen Ordnungsämter hatte nach dem Abschluss des europaweiten Vergabeverfahrens im Jahr 2014 die Zielsetzung, nach erfolgter Erarbeitung der fachlichen und technischen Spezifikationen das IT-Verfahren zu realisieren. Unter aktiver Beteiligung der Ordnungsämter erfolgten ausführliche Tests der Software. Die bezirklichen Beschäftigtenvertretungen wurden im Rahmen des Beteiligungsverfahrens frühzeitig in den Entstehungsprozess einbezogen.

Im Sommer 2015 wurden im LABO Schulungen für die dezentralen IT-Verfahrensbetreuenden sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus den Bezirken durchgeführt, ein erfahrenes Dozententeam des Softwareherstellers übernahm die Unterweisung. Es folgten Schulungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zentralen Auskunft- und Beratungsstellen (ZAB) sowie des Allgemeinen Ordnungsdienstes.

Auf Anregung des Staatssekretärs und der Bezirksstadträtinnen und Bezirksstadträte im Rahmen der gemeinsamen Gesprächsrunde

zur koordinierten Weiterentwicklung der Ordnungsämter erhielt das IT-Verfahren den öffentlichkeitswirksamen Namen „Ordnungsamt Online“.

Das IT-Verfahren stand ab Anfang des dritten Quartals 2015 einsatzbereit zur Verfügung. Entsprechend der unterschiedlichen organisatorischen Vorbereitungen für die Aufnahme des Betriebes erfolgte der Einsatz in den Bezirken nicht zu einem einheitlichen Starttermin, sondern sukzessiv. Das Ordnungsamt Lichtenberg startete als erster Bezirk am 17.08.2015, Anfang September folgte der Bezirk Treptow-Köpenick. Bis zum Jahresende waren sieben Bezirke an das IT-System angeschlossen (Charlottenburg-Wilmersdorf, Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Neukölln, Pankow, Spandau, Treptow-Köpenick). Zum Jahresbeginn 2016 sollen die Bezirke Mitte und Reinickendorf folgen.

Das Projekt wurde zum 31.12.2015 erfolgreich beendet. Das LABO wurde durch den Staatssekretär Sport im Ressort und durch den Rahmenverfahrenauftrag seitens der Bezirke beauftragt, die Verfahrensverantwortung für das IT-Verfahren ab dem 01.01.2016 zu übernehmen.

Für die Bürgerinnen und Bürger besteht nun mit dem IT-System „Ordnungsamt Online“ die Möglichkeit, strukturierte Meldungen zu Störungen im öffentlichen Raum online und damit unabhängig von Öffnungszeiten an ein Berliner Ordnungsamt zu übermitteln. Ein eingerichteter Rückkanal ermöglicht es, die Bürgerinnen und Bürger über den aktuellen Bearbeitungsstand zu informieren. Weiterhin wurde die Möglichkeit geschaffen, einen schnittstellenbasierten Datenaustausch mit der Berliner Stadtreinigung (BSR) als externe Beteiligte vorzunehmen. Perspektivisch ist auch die Bereitstellung einer App für mobile Endgeräte vorgesehen. Eine Anbindung weiterer Ämter in den Bezirken an das IT-Verfahren wird angestrebt.

VOIS (Verwalten-Organisieren-Integrieren-Systematisieren)

Das im Jahr 2014 gestartete Projekt „Pro-VOIS“ mit dem Ziel des Austausches der bislang im Einwohnerwesen eingesetzten Meldesoftware (MESO) durch dessen Nachfolgeprodukt VOIS wurde im Jahr 2015 planmäßig fortgesetzt. Der Grund für die Durchführung des Projektes liegt darin, dass die zentrale Komponente (MESO) des Fachverfahrens Einwohnerwesen veraltet ist und die zukünftigen Anforderungen demnach – u. a. durch die technologischen, rechtlichen und organisatorischen Weiterentwicklungen – ohne einen zusätzlich massiven Einsatz von Personal und Finanzmitteln nicht mehr regelgerecht abbilden kann.



Zu Beginn des Jahres 2015 haben die Projektgremien, in denen alle wichtigen Interessenvertretungen (Bürgerdienste, LABO, Auftragnehmer, Hersteller, Beschäftigtenvertretungen, Datenschutzbeauftragter und das ITDZ) mitarbeiten, die Fortsetzung des Projekts mit der Konzeptions- und Realisierungsphase beschlossen. Diese Entscheidung beruhte auf der im zweiten Halbjahr 2014 durchgeführten Voruntersuchung, in der in Arbeitsgruppen unter intensiver Beteiligung der Fachleute aus den Bezirken und beim LABO sowie auch des Softwareherstellers einerseits die fachliche Grundlage für das Vorhaben erarbeitet und sie andererseits um Machbarkeits-, Risiko- und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen ergänzt wurde.

Im Anschluss an die Gremiensitzungen und die Entscheidung, das Projekt in seiner vorgesehenen Form fortzuführen, wurden für die konkrete Projektarbeit mehrere Arbeitsgruppen gebildet. Insbesondere hier haben mehrere Bezirke die Projektergebnisse maßgeblich mitgeprägt und vorgebracht. In der Folgezeit wurden die notwendigen Konzepte erstellt, mehrere Tests der neuen Software durchgeführt sowie die Vorbereitung der Migration geplant. Bereits im Februar 2015 stand in der projekteigenen Laborumgebung eine erste Experimentierversion von VOIS für die Projektarbeit zur Verfügung, um die Software intensiv kennenzulernen. Im Weiteren wurde die neue Software weiteren Beteiligten und Betroffenen nach und nach vorgestellt, um alle frühzeitig über die kommenden Veränderungen zu informieren und Anregungen aufzugreifen – ab November 2015 wurden fast 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ca. 40 Schulungen für den Umstieg auf die neue Software geschult, um die Anwenderinnen und Anwender umfassend zu unterstützen. Weiterhin wurden und werden noch bis in das Jahr 2016 mehrere Migrationstests durchgeführt, um die finale Migration in der zweiten Januarhälfte 2016 bestmöglich vorzubereiten.

Mit dem Vorhaben sind die entscheidenden Schritte für eine moderne und stabile IT-Unterstützung gelungen.





■ Abteilung III

Kraftfahrzeugwesen

Internetbasierte Fahrzeugzulassung (i-Kfz)

Seit längerem betreut das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) das Projekt internetbasierte Fahrzeugzulassung (i-Kfz). Hierbei geht es darum, jeder Fahrzeughalterin und jedem Fahrzeughalter zu ermöglichen, ihre bzw. seine Zulassungsangelegenheiten der zuständigen Zulassungsbehörde über ein Internet-Portal zu übermitteln, um eine persönliche Vorsprache zu vermeiden.

Die erste Stufe der Projektumsetzung ist aufgrund von weitreichenden Änderungen der Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV) am 01.01.2015 in Kraft getreten. Seit diesem Zeitpunkt ist es bundesweit möglich, Fahrzeuge internetbasiert außer Betrieb zu setzen. Hierzu müssen sich Berliner Fahrzeughalterinnen und -halter über ein zentral vom Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) zur Verfügung gestelltes Internet-Portal anmelden, sich über den neuen Personalausweis (nPA) authentifizieren

und die Daten zum Fahrzeug sowie zu den entwerteten Siegelplaketten und zu der entwerteten Zulassungsbescheinigung Teil I (ZB I) eingeben. Nach erfolgter Plausibilitätsprüfung werden diese Daten der Zulassungsbehörde übermittelt, bei der die Außerbetriebsetzung abschließend bearbeitet wird. Kundinnen und Kunden erhalten die Bestätigung der Außerbetriebsetzung durch die Zulassungsbehörde.

Dieses auf den ersten Blick einfache Verfahren hat allerdings wesentliche Änderungen für jedes ab dem 01.01.2015 zugelassene Fahrzeug erforderlich gemacht: Die Kennzeichenschilder müssen mit neuen Siegelplaketten versehen werden, die eine konkrete Druckstücknummer und einen Sicherheitscode aufweisen. Der Code wird erst sichtbar, wenn die Plakette zum Zwecke der Außerbetriebsetzung entfernt wird. Gleiches gilt für die ZB I: Auch hier gibt es ein besonderes Feld, das eine Druckstücknummer und einen darunter verborge-

nen Sicherheitscode für die internetbasierte Außerbetriebsetzung enthält. Das bedeutet, dass bereits bei der Zulassung entsprechende Druckstücknummern und Sicherheitscodes einem konkreten Fahrzeug zugeordnet und registriert werden. Neben den erforderlichen Änderungen im IT-Fachverfahren waren hierzu auch umfangreiche Änderungen in den Abläufen der Zulassungsbehörde notwendig.

Der Nutzungsgrad der neuen Anwendung ist aktuell noch sehr gering, da nur wenige Fahrzeughalterinnen und -halter über einen nPA mit freigeschalteter ID-Funktion verfügen. Insofern wurden bei der Zulassungsbehörde Berlin im Jahr 2015 erst 45 Fahrzeuge internetbasiert außer Betrieb gesetzt. Mit einem zunehmenden Verbreitungsgrad des nPA ist allerdings mit deutlich steigenden Fallzahlen zu rechnen.

Elektro-Kennzeichen

Zur Förderung einer nachhaltigen umwelt- und klimafreundlichen Mobilität wurde im September des Jahres 2015 mit der 50. Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften eine Kennzeichnungsregelung geschaffen, die die Grundlage für die Kennzeichnung privilegierter elektrisch betriebener Fahrzeuge bildet. Förderfähig sind neben Batterieelektrofahrzeugen (BEV) auch von außen aufladbare Hybridelektrofahrzeuge (PHEV) oder Brennstoffzellenfahrzeuge (FCEV). Die Einzelheiten regelt wiederum das sog. Elektromobilitätsgesetz.

Entsprechenden Fahrzeugen kann auf Antrag ein E-(Elektro-)Kennzeichen zugeteilt werden. Die Ausgestaltung des Kennzeichens entspricht im Ergebnis dem Oldtimerkennzeichen mit dem Unterschied, dass statt dem „H“ der Buchstabe „E“ hinter der Erkennungsnummer anzufügen ist.

Soweit die Straßenverkehrsbehörden entsprechende Regelungen erlassen haben, dürfen die mit dem E-Kennzeichen versehene Fahrzeuge

- Parkplätze an Ladesäulen,
- entsprechend gekennzeichnete kostenlose Parkplätze und
- einzelne Busspuren für gekennzeichnete Fahrzeuge nutzen, sowie
- Ausnahmen von Zu- und Durchfahrtsbeschränkungen erhalten.

Bisher wurden in den Bezirken wohl nur vereinzelte Parkplätze für E-Fahrzeuge ausgewiesen. Demnach sind bislang erst 210 E-Kennzeichen für Berliner Fahrzeuge zugeteilt worden, obwohl es im Berliner Fahrzeugbestand ca. 1.300 Elektrofahrzeuge gibt. Sollten jedoch attraktive Angebote für Fahrzeughalterinnen und -halter geschaffen werden, ist auch hier mit steigenden Fallzahlen zu rechnen.

Projekt Online-Antragsverfahren in Verbindung mit der Elektronischen Fahrerlaubnisakte (ProOnEFA)

Im Geschäftsjahr 2015 konnte das Teilprojekt Fahrerlaubnis Antrag der Gesamtmaßnahme ProOnEFA erfolgreich fortgesetzt werden. Seit Juli 2015 läuft ein Probebetrieb, an dem ausgewählte Pilotfahrschulen teilnehmen. Bereits mehr als 200 Anträge auf Erserteilung einer Fahrerlaubnis wurden über das Portal erfasst, mit ePayment bezahlt und einschließlich aller notwendigen Unterlagen online übermittelt. Damit konnte ein medienbruchfreier Prozess realisiert werden.

Auch wenn die Zahlen vergleichsweise gering erscheinen, zeigt sich schon jetzt, dass die mit dem Projekt verfolgten ambitionierten Ziele erreicht werden können. Zum einen entsteht mehr Bürgerorientierung, weil der Antragstellerin bzw. dem Antragsteller ein Behördenkontakt erspart bleibt. Weiterhin werden dadurch insbesondere die für die Annahme von Fahrerlaubnis anträgen zuständigen Bürgerämter entlastet. Zum anderen ermöglicht die medienbruchfreie Bearbeitung und die elektronische Ablage, dass in der Fahrerlaubnisbehörde Abläufe gestrafft und Ressourcen optimiert werden.

Für das Folgejahr ist vorgesehen, die Skalierbarkeit des Systems intensiver zu prüfen. Dafür ist die Aufnahme weiterer Pilotfahrschulen und die Ausweitung auf die Antragsarten „Erweiterung einer bestehenden Fahrerlaubnis“ sowie „Begleitetes Fahren mit 17“ geplant. Darüber hinaus soll nach erfolgreicher Umstellung der Berliner Bürgerämter auf VOIS (Verwalten-Organisieren-Integrieren-Systematisieren) die Projektphase 2 (Antragsstellung bei den Berliner Bürgerämtern) begonnen werden. Ziel ist es auch hier, einen medienbruchfreien Prozess zu gestalten und keine Papieranträge mehr zu versenden. Ein erster Schritt wäre beispielsweise eine elektronische Übermittlung des Fotos und der Unterschrift einer Antragstellerin bzw. eines Antragstellers bei einem im Bürgeramt gestellten Antrag auf Ausstellung eines Ersatzführerscheins. Für die Bestellung eines Kartenführerscheins bei der Bundesdruckerei kann dabei dann problemlos auf den bereits durch das online-Antragsverfahren etablierten medienbruchfreien Prozess aufgesetzt werden.





■ Abteilung IV

Ausländerbehörde

Erneute Steigerung der Vorsprache- und Rückführungszahlen

Das Jahr 2015 stand mehr als die vorangegangenen Jahre im Zeichen des Zuzugs von Geflüchteten, aber vor allem im Zeichen der wachsenden Attraktivität Berlins als Lebensort für Menschen aus aller Welt. Für all diese Menschen ist die Ausländerbehörde (ABH) einer der ersten, wenn nicht der erste Anlaufpunkt in der Stadt.

Annähernd 310.000 Kundinnen und Kunden haben in 2015 die ABH besucht. Das waren noch einmal 20.000 mehr als im Vorjahr, ohne dass dies zu einer Verschlechterung des Services geführt hat.

Schon in den Geschäftsberichten 2013 und 2014 war insbesondere von dem Anstieg der Zahlen der dem Land Berlin zugewiesenen Asylsuchenden berichtet worden. Diese Entwicklung hat sich in 2015 unerwartet gesteigert und stellt auch die ABH vor ganz besondere Herausforderungen. Im Jahr 2015 erreichten rund 79.270 Flüchtlinge Berlin. Für das erste Halbjahr 2016 erwartet die ABH daher einen weiteren massiven Anstieg vor-

sprechender anerkannter Flüchtlinge, wenn das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) den dort entstandenen Rückstau in der Registrierung und Antragsbearbeitung abgebaut haben. Das Ziel ist es, ebenso schnell und kompetent wie bisher, Reiseausweise für Flüchtlinge auszustellen, Aufenthaltstitel zu erteilen und Integrationskurse zu gewähren. Auch der Familiennachzug aus Syrien und den Anrainerstaaen Syriens wird weiter zunehmen und bleibt eine prioritäre Aufgabe.

Schon Ende Dezember 2015 waren 21.295 Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit Aufenthaltsgestattung bei der ABH registriert, bereits dies entspricht einer Steigerung von 131 % gegenüber dem Vorjahr. Dieser Anstieg war nur mit Personalverstärkung zu bewältigen. Im Frühjahr wurde die ABH durch die Zuweisung von zunächst rund 50 zusätzlichen Beschäftigten unterstützt. Vor dem Hintergrund der erheblichen Zugänge hat die ABH im Doppel-Haushalt 2016/2017 162,5 Stellen/Beschäftigungspositionen erhalten.

In enger Kooperation mit der Bundes- und Landespolizei konnte auch die Rückführung überwiegend abgelehnter Asylsuchender gesteigert werden. Im Jahr 2015 wurden 806 ausreisepflichtige ausländische Staatsangehörige zurückgeführt. Die Steigerung um rund 200 Personen gegenüber dem Vorjahr liegt in der verstärkten Rückführung in die sicheren Herkunftsstaaten auf dem Westbalkan begründet.

Berliner Modell in der Bundesallee

Im Licht der erheblichen Zuzüge geflüchteter Menschen hat nach nur sehr kurzer Planungsphase und entsprechend knappem Vorbereitungszeitraum am 15.10.2015 die neue Registrierungsstelle für Flüchtlinge im ehemaligen Gebäude der Landesbank Berlin in der Bundesallee 171 den Betrieb aufgenommen. Dort wurde und wird auf Initiative des BAMF und der ABH eine neue Zusammenarbeit aller zuständigen Bundes- und Landesbehörden und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes erprobt, um die Registrierung der Asylbegehrenden und die Entscheidung über ihren aufenthaltsrechtlichen Status deutlich zu beschleunigen. Im besten Fall erfolgt die Entscheidung über das Asylbegehren und die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis durch die ABH noch am Tag der Registrierung.

Erwartungsgemäß konnten in den ersten drei Monaten noch nicht alle Anlaufschwierigkeiten abgestellt werden, dennoch haben in der ABH in der Bundesallee in diesem Zeitraum bereits ca. 1.700 Personen vorgesprochen. Es wurden ca. 900 Aufenthaltserlaubnisse und Reiseausweise erteilt, ca. 800 der vorsprechenden Personen wurden zur Ausreise verpflichtet.

Für die ABH und dabei insbesondere die betroffenen Dienstkräfte stellte und stellt die Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden einen sehr herausfordernden Organisationsentwicklungsprozess dar, der erhebliche Detailarbeit sowie hohe Anforderungen an die Flexibilität und Kooperationsbereitschaft erfordert.

Die verschiedenen Modelle und Überlegungen zu möglichen weiteren Standorten, an denen ähnliche Bearbeitungsstraßen eingerichtet werden sollen und die anstehenden Gesetzesänderungen zur Beschleunigung der Verfahren machen den Prozess der Zusammenarbeit weiterhin fordernd.

Zu Gast im Modellprojekt „Ausländerbehörden“

Initiiert und begleitet vom BAMF wurden ab Oktober 2013 zehn Ausländerbehörden aus zehn Bundesländern im Rahmen eines zweijährigen Modellprojekts bei der Etablierung einer Willkommens- und Dienstleistungskultur unterstützt.

Viele der im Modellprojekt erarbeiteten Instrumente und Maßnahmen wie beispielsweise Vernetzung, Einführung eines Terminsystems, interkulturelle Schulungen für die Beschäftigten, Transparenz und Information durch eine ansprechende Homepage sind bei der Berliner ABH seit Jahren etabliert.

Aus diesem Grund lud das BAMF zwei Vertreter der Berliner ABH ein, an der zweiten Fachveranstaltung im Juli 2015 in Nürnberg teilzunehmen, um zu den Feldern Wissensmanagement, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit zu berichten, Impulse zu geben sowie mit den Projektteilnehmerinnen und -nehmern ins Gespräch zu kommen.

Das zweijährige Modellprojekt endete am 03.11.2015 mit der Abschlussveranstaltung in Berlin, an der auch Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière teilnahm. Präsentiert wurde ein Werkzeugkoffer mit verschiedenen Instrumenten zur Strategie-, Personal- und Organisationsentwicklung sowie Vernetzung. Der Internetauftritt, die zweisprachige Online-Terminvereinbarung und die teils mehrsprachigen Formulare der Berliner ABH werden darin als beispielhaft bezeichnet.

Weiterentwicklung des Kundenservice

Am 30.03.2015 wurde der überarbeitete Internetauftritt der ABH unter berlin.de/labo/willkommen-in-berlin freigeschaltet. Die Homepage präsentiert sich seitdem mit einem noch ansprechenderem Layout, einer bürgernahen Sprache und einer kompakten, auf die jeweiligen aufenthaltsrechtlichen Bedürfnisse besser ausgerichteten Struktur.

Inhaltlich wurde der Schwerpunkt auf die Erhöhung der Quantität und Qualität der Informationen gelegt. Die besonderen Services der ABH und die im Dienstgebäude integrierten Beratungsangebote ihrer verschiedenen Kooperationspartnerinnen und -partner werden seitdem auch online gezielt beworben.

Gegenüber dem Geschäftsjahr 2014 stieg die Zahl der Seitenaufrufe um rund 25 % auf 1,75 Millionen. Besonders stark nachgefragt waren Informationen zu den Dienstleistungen und der Online-Terminvereinbarung (OTV). Der Katalog der über die Homepage und das Service-Portal Berlin abrufbaren Beschreibungen von aufenthaltsrechtlichen Dienstleistungen wuchs um knapp 10 % auf 49 an, rund 50 % davon zweisprachig in Deutsch und Englisch. Weitere Dienstleistungen wurden in die OTV aufgenommen, so dass nunmehr für über 30 Dienstleistungen Termine online gebucht werden können. In Zusammenarbeit mit dem ITDZ und BerlinOnline wird die OTV im Geschäftsjahr 2016 weiterentwickelt, um die Bedienbarkeit inhaltlich und technisch zu erleichtern, das Handling für mobile Endgeräte wie Smartphones zu optimieren und die Performance zu verbessern.

Seit dem 02.11.2015 ist unter der neuen zentralen Rufnummer der ABH 90269-4000 ein Sprach-Dialog-System (SDS) erreichbar. Anrufer erhalten dabei in einem computer-gesteuerten Sprachdialog Informationen zu verschiedenen aufenthaltsrechtlichen Themen wie beispielsweise der Beantragung eines Aufenthaltstitels, der Verlängerung eines Schengen-Visums oder dem Übertragen eines Aufenthaltstitels in einen neuen Pass. Anrufer, deren Frage nicht im SDS beantwortet wird, können aus dem SDS zum Servicecenter des ITDZ durchgestellt werden. Das neue Verfahren wurde in einer dreimonatigen Probephase gestartet. Aufgrund der positiven Resonanz ist für das Geschäftsjahr 2016 geplant, das SDS in einen dauerhaften Betrieb zu überführen.

Stärkung der sprachlichen Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Zur Personalentwicklung in der ABH Berlin gehört es, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern, d. h. auch, ihnen die Chance zu geben, sich Kompetenzen anzueignen und diese weiterzuentwickeln. Neben der fachlichen Qualifizierung stand im vergangenen Jahr erneut die Stärkung der Sprachkompetenz zur Kundinnen- und Kundenbedienung im Mittelpunkt der Fortbildungsangebote. Allein im Jahr 2015 haben 20 % der Beschäftigten an Englischkursen teilgenommen. So können immer mehr Kundinnen und Kunden in englischer Sprache bedient werden.

AOK als neuer Kooperationspartner – Ausblick auf ein Beratungszentrum

Die ABH vernetzt sich immer mehr und gibt ihren Kundinnen und Kunden somit die Möglichkeit, bei einem Besuch verschiedene Anliegen auch abseits aufenthaltsrechtlicher Fragen zu klären.

Seit dem 17.08.2015 hat, zusätzlich zu anderen im Dienstgebäude bereits ansässigen Beratungsstellen, die AOK (Allgemeine Ortskrankenkasse) ihre Beratung in den Räumlichkeiten der ABH aufgenommen. Jeweils an den Publikumstagen berät eine AOK-Mitarbeiterin oder ein AOK-Mitarbeiter Kundinnen und Kunden der Ausländerbehörde in sozialversicherungsrechtlichen Fragen. Gerade für jene, die mit dem deutschen Sozialversicherungssystem nicht vertraut sind, stellt die Beratung eine große Bereicherung dar.

Darüber hinaus begann am 14.12.2015 eine Kooperation mit den Jobcentern. Hierbei wird den Kundinnen und Kunden der ABH in einem ersten Schritt eine Erstberatung zum Thema

Leistungsbezug ermöglicht und ein Termin im Jobcenter vermittelt. Der Service wird gut angenommen und soll bei Bedarf ausgebaut werden.

Zum Beratungszentrum gehört bereits neben der AOK und den Jobcentern die Migrations-erstberatung der LIGA der Wohlfahrtsverbände, die Rückkehrberatung der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sowie die Rechtsberatung der Türkischen Gemeinde, des Türkischen Bundes und des Deutsch-Arabischen-Zentrums. Geplant ist, diesen Bereich im ersten Quartal 2016 mit weiteren Partnerorganisationen auszubauen und die unterschiedlichen Akteure zu vernetzen.

Umgestaltung des Eingangsbereiches sowie der Flure und Warteräume

Der Eingangsbereich der ABH wurde im Sommer 2015 von 15 Schülerinnen und Schülern des siebten Jahrganges des Beethoven-Gymnasiums aus Berlin-Lankwitz neu gestaltet. Im Rahmen einer Projektwoche setzten sie unter Leitung der bildenden Künstlerin Gesine Harries das Thema „Willkommen in Berlin“ künstlerisch um.

Das Ergebnis dieser Projektwoche ist das auf Seite 18 abgebildete großflächige Wandbild, das nun den Eingangsbereich der Ausländerbehörde schmückt und die Kundinnen und Kunden schon am Behördeneingang willkommen heißt.

Um im Dienstgebäude am Friedrich-Krause-Ufer 24 insgesamt eine freundliche Atmosphäre zu vermitteln, wird im Weiteren eine neue Gestaltung aller Warteräume und Flure vorgenommen.



■ LABOweite Themen

Abteilung V – Zentrale Aufgaben – Koordination und Service

Ergebnisse der Bündelung der Querschnittsaufgaben Finanzen, Innerer Dienst und Personal im LABO

Vor dem Hintergrund des politisch beschlossenen Personalabbaus bis Ende 2016 hatte die Senatsverwaltung für Inneres und Sport vorgegeben, die teilweise dezentral wahrgenommenen Querschnittsaufgaben Finanzen, Innerer Dienst und Personal im LABO künftig zentral wahrzunehmen. Ziel war es, mit der Bündelung durch Geschäftsprozessoptimierung und Aufgabenkritik Einsparpotentiale zu ermitteln und umzusetzen.

Wie berichtet, wurden zum 01.07.2014 alle im dezentralen Querschnitt angesiedelten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachabteilungen für die Aufgaben Finanzen, Innerer Dienst und Personal in der Abt. V gebündelt und alle identifizierten Aufgaben zentral wahrgenommen. Im Anschluss wurden die Prozesse beschrieben, abgestimmt und optimiert.

Als besonders praxisrelevanter und bereits vielfach getesteter Prozess ist beispielhaft das vereinheitlichte Ausschreibungs- und Auswahlverfahren zu nennen. Im Jahr 2015 wurden insgesamt 16 solcher Verfahren abge-

schlossen und aktuell weitere neun durchgeführt. Damit konnten in 2015 88 Beschäftigte gewonnen werden. Die Dauer eines Auswahlverfahrens lag bei durchschnittlich vier Monaten, während die Dauer im Schnitt im Land Berlin neun Monate beträgt.

Auch in 2016 wird die Arbeit an der Geschäftsprozessoptimierung fortgeführt mit dem Ziel, weitere Synergien zu erschließen sowie die Standardisierung und Professionalisierung zu erhöhen.

Durch die Vereinheitlichung von Arbeitsweisen, bessere Möglichkeiten einer Vertretung durch mehr Beschäftigte in einem Themenfeld und größere Arbeitsmengen an einer Stelle konnten in einzelnen Bereichen sehr schnell Synergien und Skaleneffekte erzielt werden, z. B. im Finanzbereich und in der Büroleitung. Dort sind seit dem 01.07.2014 deutlich weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einsatz als zuvor in der dezentralen Struktur.

Insgesamt ist bis Ende 2015 eine Reduzierung des Personals im Querschnitt um 6,15 % der Vollzeitäquivalente (VZÄ) zugunsten der Fachaufgaben gelungen.

Die weiteren ursprünglich geplanten Personaleinsparungen im Querschnitt sind aufgrund des Aufgabenzuwachses in absehbarer Zeit nicht realisierbar. Das LABO steht unter dem Einfluss der sogenannten Wachsenden Stadt. Durch den erheblichen Stellenzuwachs in der Abt. IV entstehen unter anderem erhebliche Personalrekrutierungsarbeiten und Aufwände durch die Erschließung neuer Standorte.

Es ist dank der Synergien bisher möglich, die erheblichen Aufgabenzuwächse ohne zusätzliches Personal für die Querschnittsbereiche zu kompensieren. Das heißt, das Einsparpotential des Bündelungsprozesses liegt neben den konkret eingesparten VZÄ darin, mehr Aufgaben mit dem vorhandenen Personal zu bewältigen.

Die Wachsende Stadt als Herausforderung für den Personalbereich

Die Wachsende Stadt stellt den Personalbereich des LABO vor neue Herausforderungen und bringt erhöhte Anforderungen an die Personalrekrutierung mit sich. Dies liegt darin begründet, dass sich durch die Mehrarbeit in allen Abteilungen des LABO auch der Personal- und damit der Einstellungsbedarf erhöht hat. Mit insgesamt 88 Neueinstellungen und Versetzungen von anderen Behörden zum LABO wurde im Jahr 2015 so viel neues Personal eingestellt wie nie zuvor.

Die oftmals unter Zeitdruck durchzuführenden Auswahlverfahren verlangen eine hohe Flexibilität sowie neue Denkweisen. Um die Personalrekrutierung schnell, effektiv und rechtmäßig durchführen zu können, wurden Geschäftsprozesse überarbeitet und angepasst.

Im Vorfeld der Einstellung von qualifiziertem Personal wurde zudem deutlich, dass die Bewerberinnen und Bewerber hohe Qualifikationen für die auszuübenden Tätigkeiten mitbringen müssen. Da Asylsuchende noch nicht über beachtliche Deutschkenntnisse verfügen, werden in der Ausländerbehörde

z. B. vornehmlich Personen gesucht, die über Sprachkenntnisse wie Englisch, Französisch, Arabisch u. a. verfügen. Bei der Suche nach derartig qualifiziertem Personal war festzustellen, dass das LABO in einer zunehmenden Konkurrenz mit anderen öffentlichen Behörden steht.

Neben den Auswahlverfahren werden darüber hinaus auch andere Mittel genutzt, um den verstärkten Arbeitsanfall aufzufangen. So werden z. B. vermehrt Beschäftigte aus anderen Behörden zum LABO abgeordnet. Ferner haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LABO und abgeordnete Kräfte die Möglichkeit, auf freiwilliger Basis auch an Samstagen Mehrarbeit zu verrichten, die dann gesondert vergütet wird.

Perspektivisch haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LABO durch die Stellenzuwächse insbesondere der Abt. IV neue Karrierechancen und weitere Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb des Hauses. Das Personalentwicklungskonzept des LABO wird an diese Entwicklung angepasst werden.

Psychische Belastungen am Arbeitsplatz

Neben den alltäglichen physischen Gefährdungen am Arbeitsplatz, die die Arbeitsplatzergonomie oder die Arbeitssicherheit betreffen, ist es erforderlich geworden, sich auch mit den Gefährdungen psychischer Belastungen zu befassen. Dies entspricht nicht nur der seit kurzer Zeit bestehenden gesetzlichen Regelung zu psychischen Belastungen des § 5 Arbeitsschutzgesetzes, sondern auch dem Selbstverständnis des LABO, gesundheitsfördernde und zweckmäßige Arbeitsbedingungen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schaffen.

In einem ersten Schritt wurde das Referat B – Kraftfahrzeugzulassung – der Abt. III ausgewählt, um die neuartige Gefährdungsbeurteilung zu erstellen. In diesem Bereich sind die Belastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die starke Kundinnen- und Kun-

denfrequentierung besonders hoch. Hinzu kam der Wunsch der dort tätigen Beschäftigten, geeignete Maßnahmen des Arbeitsschutzes zu prüfen, um mögliche Gesundheitsgefährdungen auszuschließen.

In Zusammenarbeit mit der Unfallkasse wurden alle Führungskräfte des Referates zum Thema Gefährdungsbeurteilung geschult und über den Ablauf der anstehenden Beurteilung informiert.

Um möglichst viele Aussagen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erfassen, fiel die Entscheidung zur Abfrage der Arbeitsbedingungen auf eine Kombination von Mitarbeiterfragebögen und anschließenden Teamworkshops für alle Sachgebiete und Führungskräfte. Somit hatten alle die Möglichkeit, sich einzubringen, indem sie ihre individuellen psychischen Beanspruchungen darstellten und bewerteten.

Der Fragebogen bot zudem die Gelegenheit, Ideen und Wünsche sowie geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen vorzuschlagen.

Die Fragebogenaktion wurde mit einer Teilnahme von über 60 % der 234 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr gut angenommen und lieferte die Basis für die nachfolgenden Teamworkshops. Die Workshops mit dem Titel „Gesunderhaltung/ Resilienz“ wurden in Zusammenarbeit mit der Verwaltungsakademie Berlin (VAK) entwickelt und schafften den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neben der Option, Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu diskutieren auch den Rahmen, sich mit dem Thema Resilienz zu befassen.

Durch den Austausch untereinander wurde der bereits durch die Fragebogenaktion bestehende Ideen- und Maßnahmenpool zu den Gefährdungen psychischer Belastungen erweitert und inhaltlich abgerundet.

Zur gleichen Zeit fanden innerhalb des Referates Gesprächsrunden mit der Abteilungsleitung sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern statt, die ebenfalls die bestehenden Arbeitsbelastungen zur Diskussion stellten und bereits zu ersten Maßnahmen führten. Alle Ergebnisse aus den Fragebögen sowie den absolvierten Workshops und den Gesprächsrunden flossen in eine Gesamtdokumentation zur Gefährdungsbeurteilung.

Diese Sammlung an vielfältigen Aussagen zu den Arbeitsbelastungen bildet die Grundlage für verschiedene Arbeitsgruppen, die Anfang des Jahres 2016 einen Maßnahmenplan zu den erkannten Gefährdungen erarbeiten und die Umsetzung vorbereiten werden.

Der Maßnahmenplan schließt die Dokumentation der Gefährdungsbeurteilung ab und wird in regelmäßigen Abständen auf seine Wirksamkeit hin überprüft sowie gegebenenfalls angepasst.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass bereits jetzt abzusehen ist, dass sich die Herangehensweise, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser Form als Expertin bzw. Experten in eigener Sache einzubeziehen, durch die vielfältigen Ideen und Vorschläge bewährt hat. Für das Jahr 2016 sind daher bereits die nächsten Gefährdungsbeurteilungen zu den psychischen Belastungen am Arbeitsplatz in weiteren Organisationseinheiten des LABO geplant.

Gefährdungsbeurteilung von psychischen Belastungen am Arbeitsplatz im LABO

Planung der Gefährdungsbeurteilung	Erfassung und Bewertung der Gefährdung	Ableitung und Umsetzung von Maßnahmen
Auswahl der Methode	Information der Beteiligten	Weiterleitung der Ergebnisse
Auswahl der Arbeitsbereiche und Tätigkeiten	Anwendung der Mitarbeiterfragebögen	Ableitung von Maßnahmen
Festlegung der Verantwortlichen	Durchführung von Workshops	Festlegung von Prioritäten, Fristen und Verantwortlichen
Planung der Vorgehensweise		Dokumentation der Ergebnisse, Überprüfung der Wirksamkeit

Erfahrungen aus der Migration auf Windows 7 und MS Office 2010

Die Migration auf Windows 7 und Office 2010 wurde planmäßig im ersten Quartal 2015 abgeschlossen. Im Anschluss an die technische Migration unterzog die Projektgruppe die Projektergebnisse einer kritischen Bewertung und zeigte der Managementebene des LABO hinsichtlich des Ablaufs des erweiterten Supports für Windows 7 zum 14.01.2020 Handlungsempfehlungen und Entscheidungsbedarfe auf.

Auf dieser Grundlage wurde ein Maßnahmen-Termin-Plan beschlossen, der neben den Eckdaten für die eigentliche Migration auf ein neues Betriebssystem auch die Schaffung der dafür erforderlichen Voraussetzungen berücksichtigt und terminiert.

Ein elementarer Bestandteil ist die Fortsetzung der im Rahmen des Migrationsprojektes begonnenen Standardisierung der IT-Arbeitsplätze im LABO. Dabei werden die Ergebnisse der landesweiten Arbeitsgruppe „Standardisierter IT-Arbeitsplatz“ als Grundlage dienen und gegebenenfalls erforderliche Abweichungen transparent dargestellt.

Als weitere relevante Rahmenbedingung wurde die Klärung der Verantwortlichkeit für den verfahrensunabhängigen IT-Infrastrukturbetrieb zum Migrationszeitpunkt bzw. darüber hinaus identifiziert. Diese Klärung muss zwingend rechtzeitig vor dem Projektstart erfolgen, da die Besetzung der Projektgremien davon maßgeblich beeinflusst wird.

Die Zeitschiene des zurückliegenden Projektes ist als deutlich zu knapp zu bewerten. Nur durch den Einsatz erheblicher personeller und finanzieller Ressourcen sowie die Inanspruchnahme des vom ITDZ ausgehandelten erweiterten Supports durch die Firma Microsoft konnte das Projekt vor Ablauf des

erweiterten Supports für Windows XP und Office 2003 abgeschlossen werden. Aus diesem Grund wurde der Projektstart für das nächste Migrationsprojekt für Januar 2017 angesetzt, so dass bis zum angekündigten Supportablauf für die Migration inklusive Zeitpuffer maximal drei Jahre verbleiben.

Begleitend wird die im Zusammenhang mit der Ablösung des Serverbetriebssystems Windows Server 2003 begonnene Migration auf Windows Server 2012/R2 im Rahmen der Wahrnehmung der Linienaufgaben konsequent fortgesetzt.

Das Vorgehen, die Schulung der Beschäftigten gleichzeitig mit der technischen Umstellung der jeweiligen Arbeitsplätze durchzuführen, hat sich trotz des damit verbundenen administrativen Aufwandes bewährt. So wurde einerseits die Kundenbedienung so wenig wie möglich eingeschränkt und andererseits konnten die Beschäftigten die erworbenen Kenntnisse unmittelbar anwenden. Im Hinblick auf das nächste Migrationsprojekt wird eine noch stärkere Berücksichtigung der fachlichen Notwendigkeit der Schulungsinhalte unter Berücksichtigung von möglichen begleitenden Maßnahmen empfohlen.

Projekt Harmonisierung der Verfahren des LABO (HarVe 2021)

Das LABO hat die Verfahrensverantwortung für eine Vielzahl von IT-Verfahren. Diese Aufgabe beinhaltet zum Teil sehr unterschiedliche Anforderungen in organisatorischer, technischer und rechtlicher Hinsicht. Die Folge sind hohe IT-Infrastrukturkosten und ein erheblicher personeller Betreuungsaufwand.

Um diese Belastungen zu verringern, entschied sich das LABO vor zehn Jahren, mit dem IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) eine technische Plattform für einen gemeinsamen

Verfahrensbetrieb zu entwickeln. Damit war das Projekt zur Harmonisierung der Infrastruktur für die unterschiedlichen IT-Verfahren (HarVe) geboren. Es beinhaltet die Integration von zunächst fünf IT-Verfahren in einer gemeinsamen Systemumgebung im Hochsicherheitsrechenzentrum des ITDZ und eine vereinheitlichte Datenbankstruktur. Die gewünschten Effekte Kostenersparnis sowie flexible, bedarfsorientierte Ressourcennutzung konnten erreicht und nach einer Aktualisierung im Jahr 2012 weiter ausgebaut werden.

Mittlerweile laufen alle 13 IT-Verfahren des LABO auf dieser gemeinsamen Plattform. Wegen der ständig steigenden Komplexität der Anforderungen und der nach wie vor bestehenden Ressourcenknappheit sind weitere Anpassungen der IT-Strukturen notwendig. Im September 2015 wurde ein Projekt zur weiteren Aktualisierung der HarVe-Umgebung begonnen, welches im Mai 2016 abgeschlossen sein soll. Das Projekt HarVe 2021 umfasst drei Teilprojekte:

Das Teilprojekt „Vertrag“ zielt auf die weitere Umwandlung von einem technikbasierten hin zu einem serviceorientierten Vertrag ab, der die Orchestrierung vieler Dienstleistungsroutinen umfassen soll. Die Abgeltung durch das LABO soll anhand eines Pauschalbetrags erfolgen, der eine berechenbarere Haushaltsplanung ermöglicht, als es durch verbrauchsabhängige Vergütung der Fall wäre. Ende 2015 konnte ein Entwurf für einen neuen Rahmenvertrag vorgelegt werden, die Kosten wurden auf Höhe der Ist-Ausgaben 2015 gedeckelt.

Das Teilprojekt „Organisation und Prozesse“ befasst sich mit der Optimierung der Serviceprozesse, die den Leistungsempfängern – entweder den Bürgerinnen und Bürgern oder anderen Behörden – zugutekommen soll. Dies wird durch kürzere Bearbeitungszeiten sowie schnellere Reaktionen bei Störungen der IT-Systeme erreicht. Bis Ende 2015 konnte eine Schwachstellenanalyse des vergangenen Vertragszeitraums ausgearbeitet werden, auf deren Basis entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet werden sollen.

Das Teilprojekt „Architektur“ befasst sich mit der Modernisierung der zugrunde liegenden Systeminfrastruktur und konnte bereits zum Ende des Jahres 2015 abgeschlossen werden.

Mittelfristig sollen durch die Aktualisierung der HarVe-Umgebung auch weitere Verfahren dort integriert werden wie z. B. das neue Verfahren für das Anliegenmanagementsystem (AMS).

Insgesamt ist das Projekt in einem fortgeschrittenen Stadium, wesentliche Ziele konnten 2015 erreicht werden: Die strategische Partnerschaft zwischen LABO und ITDZ konnte ausgebaut werden. Der zentrale Rechenzentrumsbetrieb führt zu positiven Synergie- und Skaleneffekten, was auch zu einer weiteren Begrenzung der Kosten beiträgt. Auch die Verbesserung der Dienstleistungen durch die geringere Störungsanfälligkeit der IT-Systeme ist absehbar und dient als Ansporn für die weitere Fortführung des Projekts.







Die Zahlen



214,21
88,70
65,90
31,20
802,90
86,15

-146,50
1.152,41

45,56
45,56

61,93
61,93

327,92
358,65
4.499,86
1.193,03
466,69
155,70
3.034,00
-324,73
12.064,09

422,03
422,03

272,24
272,24

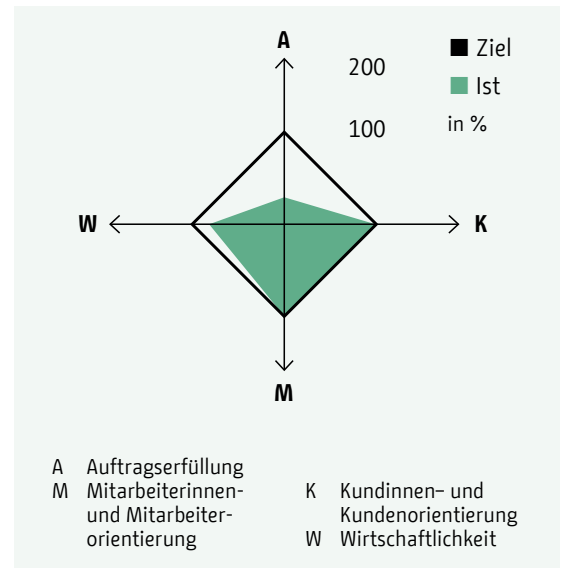


ABTEILUNG I — ENTSCHÄDIGUNGSBEHÖRDE

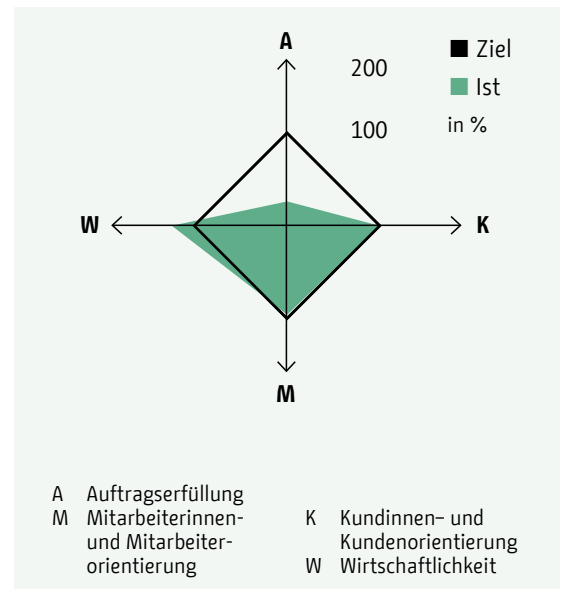
Kamerales Finanzvolumen in €	2013	2014	2015
Einnahmen gesamt (inkl. Transferleistungen des Bundes) in €	19.485.471	16.291.827	15.562.797
Ausgaben gesamt in €	38.883.755	36.460.666	34.430.899
Saldo in €	-19.398.283	-20.168.840	-18.868.102
Ausgewählte Grundzahlen zum Dienstleistungsspektrum	2013	2014	2015
Zahl der Rentenempfängerinnen und Rentenempfänger	3.582	3.248	2.987
Zahl der in Berlin gemeldeten Rentenempfängerinnen und Rentenempfänger (PrVG)	1.432	1.333	1.249
Zahl der im Bundesgebiet betreuten Rentenempfängerinnen und Rentenempfänger (BEG)	322	287	261
Zahl der im Ausland betreuten Rentenempfängerinnen und Rentenempfänger (BEG)	1.828	1.628	1.477
Zahl der Länder, in denen die betreuten Personen heute leben	33	33	32
Interne Grundzahlen der Abteilung	2013	2014	2015
Anzahl der Stellen	36,75	34,60	34,60
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %	72	70	73
Zahl der Führungskräfte,	6	5	5
davon Frauen	2	1	1
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	53	53	54
Anteil der seit dem 01.01. durchgeführten und dokumentierten Jahresgespräche je Abteilung in %	82	76,67	92,59
durchschnittliche Gesundheitsquote in %	91,66	93,82	88,36

Zielerreichung

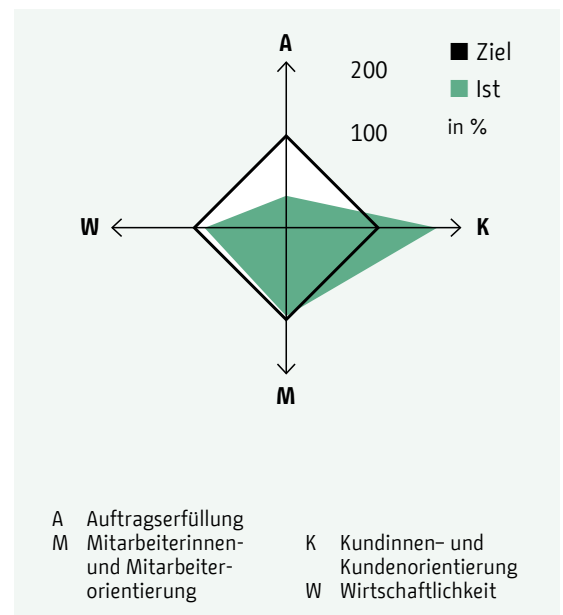
Rentenleistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG)		Ziel	Ist
A	Anteil der Überzahlungen an den Gesamtrentenzahlungen in %	0,10	0,33
K	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Verschlimmerungsanträgen ab Vorlage aller Bearbeitungsunterlagen durch die Kundin/ den Kunden oder Dritter in Tagen	3,00	3,00
M	Gesundheitsquote in %	93,00	88,36
W	Verwaltungskosten in €	15,30	18,49



Rentenleistungen nach dem Gesetz über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten (PrVG)		Ziel	Ist
A	Anteil der Überzahlungen an den Gesamtrentenzahlungen in %	0,30	1,70
K	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer von der Antragstellung [nach PrVG] bis zur Bescheiderteilung ab Vorlage aller notwendigen Bearbeitungsunterlagen durch die Kundin/ den Kunden oder durch Dritte in Tagen	3,00	3,00
M	Gesundheitsquote in %	93,00	88,36
W	Verwaltungskosten in €	41,60	35,16



Betreuung nach dem Gesetz über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten (PrVG)		Ziel	Ist
A	Anteil der geprüften besonderen Einzelfälle an allen Kurvorgängen in %	7,50	2,8
K	Durchschnittliche Dauer vom Zeitpunkt der Antragstellung ab Vorlage aller notwendigen Bearbeitungsunterlagen durch die Kundin/ den Kunden oder durch Dritte bis zur Aushändigung des Kurpauschalvergleichs seit dem 01.01. in Tagen	18,00	10,00
M	Gesundheitsquote in %	93,00	88,36
W	Verwaltungskosten in €	56,74	63,03



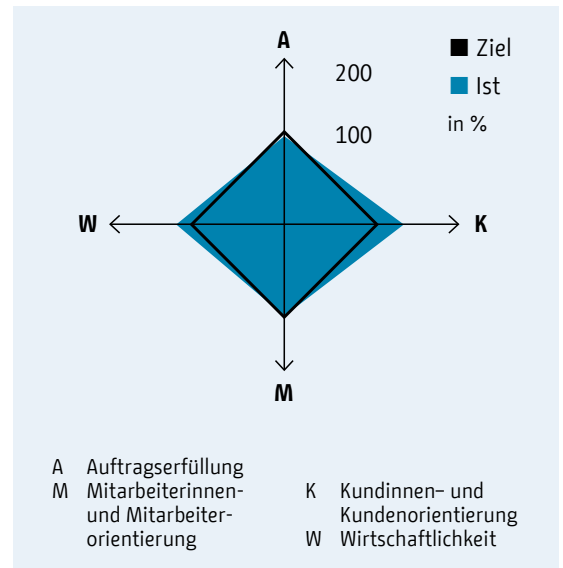


ABTEILUNG II — PERSONENSTANDS- UND EINWOHNERWESEN

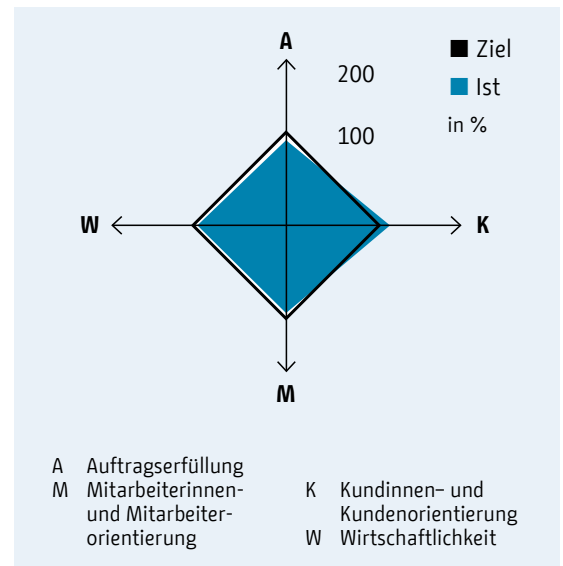
Kamerales Finanzvolumen in €	2013	2014	2015
Einnahmen gesamt in €	3.861.135	3.520.188	3.449.698
Ausgaben gesamt in €	14.681.722	14.163.532	13.959.939
Saldo in €	-10.820.587	-10.643.344	-10.510.241
Ausgewählte demografische Grundzahlen	2013	2014	2015
Gemeldete Einwohner/innen mit Hauptwohnung	3.517.100	3.563.431	3.611.391
Gemeldete Einwohner/innen mit Nebenwohnung	110.624	107.232	104.681
Ausgewählte Grundzahlen zum Dienstleistungsspektrum	2013	2014	2015
Zahl der Datensätze im aktiven Bestand	4.437.696	4.508.502	4.598.120
Zahl der Datensätze im historischen Bestand	3.821.442	3.050.405	3.060.857
Menge der manuellen und automatischen Auskünfte zu Einwohnerinnen und Einwohnern	25.641.832	27.975.795	28.097.532
Menge der Verpflichtungserklärungen	30.561	28.347	28.288
Interne Grundzahlen der Abteilung	2013	2014	2015
Anzahl der Stellen	170,88	169,65	169,65
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %	75	74	73
Zahl der Führungskräfte,	18	18	18
davon Frauen	9	8	8
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	51	52	53
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	74,71	100,00	80,95
durchschnittliche Gesundheitsquote in %	87,68	85,59	85,30

Zielerreichung

Automatisierte Privatanfrage		Ziel	Ist
A	Menge	720,123	654,332
K	Anteil der Online-Auskünfte an Einzelabfragen an allen Einzelabfragen seit dem 01.01. in %	30,00	39,13
M	Gesundheitsquote in %	88,00	85,30
W	Verwaltungskosten pro Stück	1,45	1,21



Zentrale Aufgaben des Meldewesens		Ziel	Ist
A	Das Pass-, Ausweis- und Melde-register sowie das Personenstandsregister stehen den Anwenderinnen und Anwendern – bezogen auf die Werktage im Land Berlin – zur Verfügung (in %).	95,00	98,00
K	Die verantworteten IT-Verfahren stehen den Anwenderinnen und Anwendern – bezogen auf die Werktage im Land Berlin – zur Verfügung.	90,00	99,00
M	Gesundheitsquote in %	88,00	85,30
W	Stückkosten pro Berliner Einwohnerin/ Einwohner in €	0,62	0,64



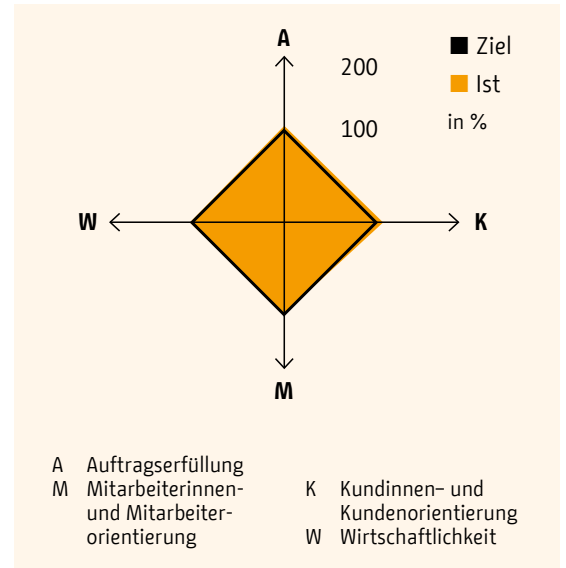


ABTEILUNG III – KRAFTFAHRZEUGWESEN

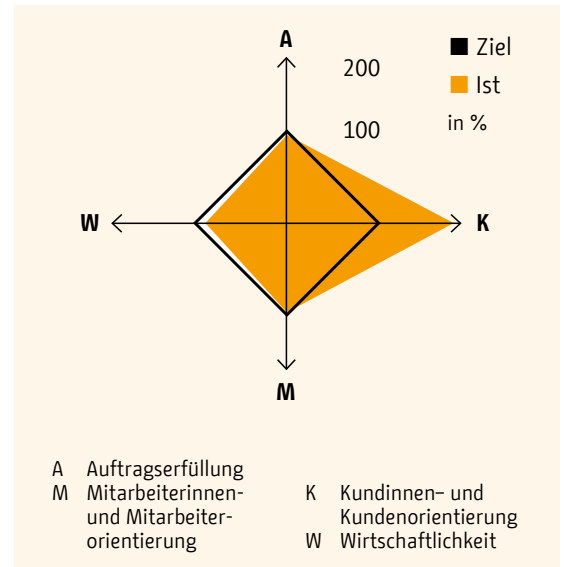
Kamerales Finanzvolumen in €	2013	2014	2015
Einnahmen gesamt in €	26.122.391	24.964.519	24.965.689
Ausgaben gesamt in €	22.998.734	22.812.583	22.848.625
Saldo in €	3.123.657	2.151.936	2.117.064
Ausgewählte demografische Grundzahlen	2013	2014	2015
zugelassene Kraftfahrzeuge	1.429.775	1.448.501	1.468.678
Zahl der Fahrerlaubnisinhaber und Fahrerlaubnisinhaberinnen	2.511.488	2.541.615	2.578.488
Ausgewählte Grundzahlen zum Dienstleistungsspektrum	2013	2014	2015
Anzahl der vergebenen Online-Wunschkennzeichen	85.211	107.648	126.335
Vorgangszahlen KFZ-Online	20.535	26.879	48.211
Vorgangszahlen Feinstaubplaketten-online	4.913	5.361	5.256
Vorgangszahlen Halterauskünfte-online	4.553	6.345	5.962
Zugriffe auf den Internetauftritt für KFZ-Zulassung	12.041.043	12.937.354	6.924.032
Zahl der Konzessionen im Gelegenheits- und Linienverkehr	12.411	11.731	12.067
Zahl der Taxi-Konzessionen	7.635	7.643	7.907
Zugriffe auf den Internetauftritt für Fahrerlaubniswesen	587.315	837.281	1.454.617
Interne Grundzahlen der Abteilung	2013	2014	2015
Anzahl der Stellen	395,09	392,68	392,68
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %	78	77	77
Zahl der Führungskräfte,	24	24	21
davon Frauen	11	13	11
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	49	50	49
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	71,79	65,48	89,06
durchschnittliche Gesundheitsquote in %	88,21	88,01	86,79

Zielerreichung

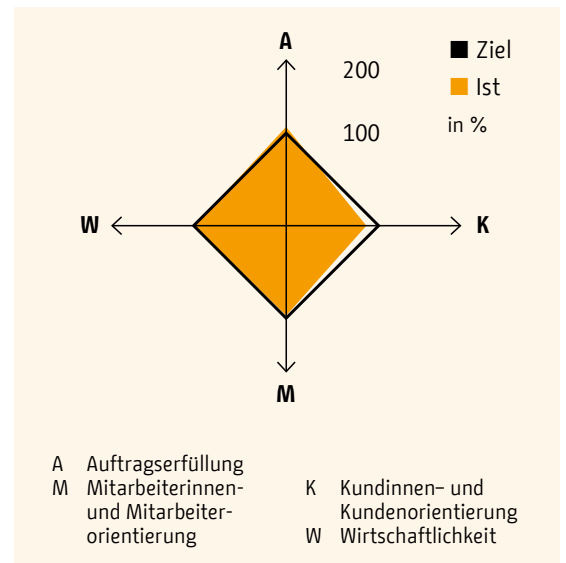
Fahrzeugzulassung		Ziel	Ist
A	Bearbeitete Menge im Produkt Fahrzeugzulassung seit 01.01.	598.458	643.594
K	Anteil der Wunschkennzeichen an Zulassungen (Neuzulassungen, Umschreibungen, Zulassung Gebrauchtfahrzeuge, Umkennzeichnung) in %	60,00	66,00
M	Gesundheitsquote in %	88,00	86,79
W	Erträge	15.901.019	16.366.253



Überwachung der Halterpflichten		Ziel	Ist
A	Anteil der im Klageverfahren bestätigten Entscheidungen des LABO seit dem 01.01. in %	95,00	89,91
K	Anteil der Mängelvorgänge, die seit 6 Monaten nicht abgeschlossen werden konnten, an allen Mängelvorgängen zum Stichtag in %	20,00	10,17
M	Gesundheitsquote in %	88,00	86,79
W	Kostendeckung in %	52,78	46,03



Fahrerlaubnisse/Führerscheine (als Produktgruppe)		Ziel	Ist
A	Anteil der im vorläufigen Rechtschutzverfahren bestätigten Entscheidungen des LABO seit dem 01.01. in %	95,00	100
K	Maximale durchschnittliche Bearbeitungszeit bei Anträgen auf erstmalige Erteilung der Fahrerlaubnis (ohne Berufskraftfahrer/innen) zum Quartalsende in Kalendertagen	35,00	41,00
M	Gesundheitsquote in %	88,00	86,79
W	Kostendeckung der Produktgruppe in %	89,13	59,33



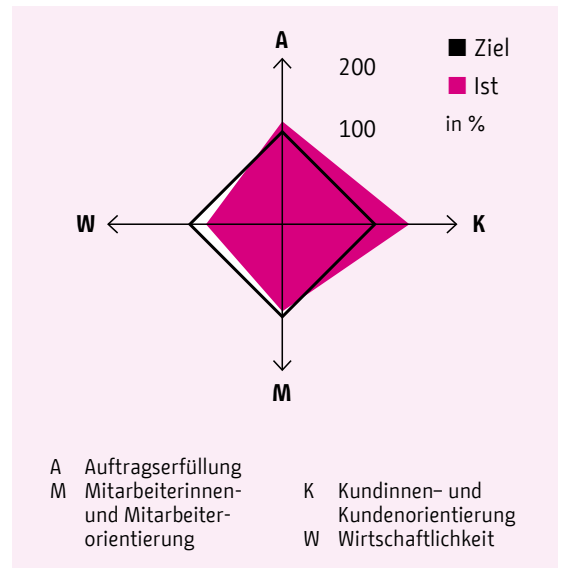


ABTEILUNG IV — AUSLÄNDERBEHÖRDE

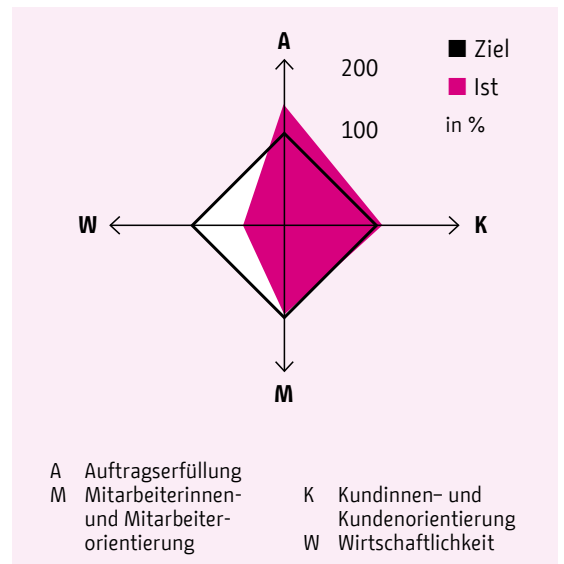
Kamerales Finanzvolumen in €	2013	2014	2015
Einnahmen gesamt in €	3.308.057	3.358.480	3.011.086
Ausgaben gesamt in €	19.353.431	19.967.680	20.203.363
Saldo in €	-16.045.373	-16.609.199	-17.192.277
Ausgewählte Grundzahlen zum Dienstleistungsspektrum	2013	2014	2015
Zahl der Kundenkontakte	240.678	291.852	310.777
Zahl der abgegebenen Stellungnahmen im VISA-Verfahren	7.405	7.408	9.267
Zahl der Asylsuchenden zum Stichtag 31.12.	5.553	9.193	22.168
Zahl der Ausreisepflichtigen zum Stichtag 31.12.	4.803	9.600	9.465
Zahl der erteilten Titel und sonstiger Bescheinigungen	106.839	111.573	117.755
Zahl der Abschiebungen	500	602	806
Zahl der erfassten unerlaubt eingereisten Ausländer/innen	1.282	1.472	1.844
Interne Grundzahlen der Abteilung	2013	2014	2015
Anzahl der Stellen	293,69	297,98	297,98
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %	74	76	75
Zahl der Führungskräfte,	18	17	18
davon Frauen	12	11	11
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	45	45	41
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	75	79	96
durchschnittliche Gesundheitsquote in %	90,63	89,15	89,86

Zielerreichung

Aufenthalt		Ziel	Ist
A	Anteil der Fiktionsbescheinigungen an allen ausgestellten Fiktionsbescheinigungen und Titeln in % seit dem 01.01.	20,00	16,48
K	Anteil der Termine/Vorladungen an allen Behördenvorsprachen in den Sachgebieten IV Z in % seit dem 01.01.	40,00	56,92
M	Gesundheitsquote in %	91,00	89,86
W	Kostendeckungsgrad für alle Produkte des operativen Ziels in %	15,00	12,31



Beendigung unrechtmäßigen Aufenthalts		Ziel	Ist
A	Anteil der beschafften Pässe an der Gesamtzahl der angeforderten Pässe in % seit dem 01.01.	35	49,84
K	Anteil der Direktabschiebungen ohne Haftbeschluss an allen Abschiebungen seit dem 01.01. in %	80,00	86,85
M	Gesundheitsquote in %	91,00	89,86
W	Kostendeckungsgrad für alle Produkte des operativen Ziels in %	3,00	1,33





ABTEILUNG V — ZENTRALE AUFGABEN UND INTERNE PRODUKTE

Kamerales Finanzvolumen in €	2013	2014	2015
Einnahmen gesamt in €	700.120	18.572	28.482
Ausgaben gesamt in €	6.455.448	7.753.338	7.949.127
Saldo in €	-5.755.329	-7.734.766	-7.920.645
Ausgewählte Grundzahlen zum Dienstleistungsspektrum	2013	2014	2015
Zahl der betreuten PCs	1.306	1.351	1.338
davon eigenbetreut	927	971	958
Zahl der betreuten Arbeitsplätze	1.083	1.082	1.130
Zahl der betreuten Beschäftigten	1.006	989	1.068
Zahl der in der Abteilung bearbeiteten Rechnungen des ITDZ Berlin	871	878	825
Zahl der bearbeiteten internen Aufträge im Querschnittspektrum	2.600	3.217	3.736
Zahl der durch die Abteilung beseitigten Störungen (Vorfälle) im Querschnittspektrum	1.750	2.200	1.782
Interne Grundzahlen der Abteilung	2013	2014	2015
Anzahl der Stellen	51,35*	93,00**	81,00
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %	61	66	70
Zahl der Führungskräfte,	5	10	8
davon Frauen	1	7	6
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	49	49	50
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	48,08	78,65	50,63
durchschnittliche Gesundheitsquote in %	89,68	89,39	88,59

* Bereinigung bei Neugründung der Abteilung ** Bereinigung wegen Bündelung aller Querschnittsaufgaben in der Abteilung V



Großer Stern

Straße des 17. Juni

LABO gesamt

Haushalt	2013	2014	2015
Einnahmen gesamt in €	53.477.175	48.153.586	47.017.752
Ausgaben gesamt in €	102.373.090	101.157.799	99.391.954
Saldo in €	-48.895.915	-53.004.213	-52.374.201
Kosten	2013	2014	2015
Personalkosten in €	32.676.664	34.869.421	36.712.876
Sachkosten in €	3.585.157	3.986.954	3.803.823
Transferkosten in €	1.978.726	2.403.359	1.940.941
Verrechnungskosten in €	6.304.947	6.809.575	6.716.678
kalkulatorische Kosten in €	5.660.597	5.869.000	6.494.636
Gemeinkosten in €	27.870.480	27.723.724	26.785.017
Transfers in €	35.944.028	33.088.057	31.514.196
Gesamtkosten in €	114.020.600	114.750.090	113.968.167
Erträge in €	53.347.778	48.070.219	46.841.870
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	2013	2014	2015
Anzahl der Stellen	953,76	953,89	953,89
Zahl der aktiv Beschäftigten	978	966	994
Zahl der weiblichen Beschäftigten	729	719	743
Zahl der Teilzeitbeschäftigten	211	187	179
Zahl der schwerbehinderten Menschen	119	117	122
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	49	49	48
durchschnittliche Gesundheitsquote %	89,15	88,31	87,82
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	70,75	86,03	85,21





HERAUSGEBERIN

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
Die Direktorin
Friedrichstraße 219
10958 Berlin
www.berlin.de/labob
Tel. +49 (0) 30 90269-0

KONZEPT, GESTALTUNG, DRUCK

Lücken-Design
www.luecken-design.de

AUFLAGE: 150 Stück

BILDNACHWEIS

© fotolia.de (14, 28/29, 31, 41)
© istockphoto.com (1, 7, 13, 17, 22, 43)
© Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (4, 5, 8, 9, 10, 18)

Stand: Mai 2016

Inhalt auf 100 % Recyclingpapier